



Bundesratspräsident Haseloff im Gespräch mit EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen

Bundesratspräsident Dr. Reiner Haseloff hat sich heute im Rahmen einer Videoschalte mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ausgetauscht. Im Mittelpunkt des Gespräches standen Anpassungen in der EU-Förderpolitik vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und weitere Themen wie die aktuelle Lage bei der Impfstoffversorgung.

Haseloff: „Nach Überwindung der Corona-Pandemie benötigen wir einen deutlichen Wirtschaftsaufschwung. Nur so können wir die Coronafolgen überwinden. Die EU kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie die Förderbedingungen weiter verbessert.“

Dem Bundesratspräsidenten sind insbesondere Änderungen im Beihilferecht wichtig. So plädiert er dafür, den Höchstbetrag für De-Minimis-Förderungen (sogenannte Bagatellbeihilfen) innerhalb von drei Jahren, die durch die EU-Kommission nicht genehmigungspflichtig sind, von derzeit 200.000 auf mindestens 500.000 € auszuweiten. Auch sollten die Schwellenwerte, bis zu denen Unternehmen zu den kleinen und mittleren Unternehmen zählen, angepasst werden. Haseloff plädiert dafür, künftig mindestens auch Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten dazu zu zählen. Bislang liegt die Grenze bei 250 Beschäftigten.

Er sei der EU für bereits erfolgte Fördervereinfachungen sehr dankbar, betonte Haseloff. Dies habe Sachsen-Anhalt genutzt, um z. B. eine Änderung des Operationellen Programms EFRE vorzunehmen. So habe man 1,6 Mio. € EFRE-Mittel für die krisenbezogene Ausstattung medizinischer Einrichtungen eingesetzt. 500.000 € habe man Unternehmen, die durch die Pandemie in Schwierigkeiten gerieten, für die Erstellung von Sanierungskonzepten zur Verfügung gestellt.

Impressum:
Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle
Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666
Fax: (0391) 567-6667
Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de